Rechtsprechung

Anerkennung einer syrischen Privatscheidung

Die materiell-rechtliche Prüfung der Anerkennungsfähigkeit einer Privatscheidung erfolgt in Fortschreibung der bisherigen Rechtslage nach Art. 17 Abs. 1 EGBGB in der bis zum 28.1.2013 geltenden Fassung.

OLG München Beschl. v. 13.3.2018 – 34 Wx 146/14

VO (EU) Nr. 1259/10 (Rom III-VO) Art. 8; EGBGB Art. 5, Art. 14, Art. 17 Abs. 1 a.F.; BGB § 1564; FamFG § 107

Das Problem Die Anerkennung einer in Syrien im Mai 2013 erfolgten Privatscheidung zwischen Ehegatten mit syrischer und deutscher Staatsangehörigkeit nach § 107 FamFG ist Gegenstand des gerichtlichen Verfahrens (Soha Sahyouni ./ Raja Mamisch). Auf Vorlage des OLG München hatte der EuGH entschieden, dass Privatscheidungen infolge fehlender konstitutiver Mitwirkung eines Gerichts oder einer Behörde nicht dem sachlichen Anwendungsbereich der Rom III-VO unterfallen (EuGH v. 20.12.2017 – C-372/16, FamRZ 2018, 169 = FamRB 2018, 91 [Dimmler]). Nach der Entscheidung des EuGH entstand bei der Aufhebung des Art. 17 Abs. 1 EGBGB in der Fassung vom 3.4.2009, gültig vom 1.9.2009 bis 28.1.2013, eine Regelungslücke, nach welchen materiell-rechtlichen Vorschriften die Anerkennung zu erfolgen hat.

Die Entscheidung des Gerichts

Das OLG versagt die Anerkennung. Auf die Anerkennung einer syrischen Privatscheidung ist in Fortschreibung der bisherigen Rechtslage Art. 17 Abs. 1 Satz 1 EGBGB in der bis zum 28.1.2013 geltenden Fassung zur Feststellung des maßgeblichen materiellen Rechts anzuwenden. Zur Bestimmung des Scheidungsstatuts verwies Art. 17 Abs. 1 EGBGB a.F. auf das Ehwirkungsstatut des Art. 14 EGBGB, allerdings mit der Maßgabe des Eintritts der Rechtshängigkeit des Scheidungsantrags bzw. bei Privatscheidungen der Zeitpunkt, der der Rechtshängigkeit vergleichbar ist, mithin der Zeitpunkt der Scheidungserklärung, als beachtlicher Anknüpfungszeitpunkt. Art. 5 Abs. 1 Satz 2 EGBGB ordnet allerdings den Vorrang der deutschen Staatsangehörigkeit an, sofern die Eheleute mehrere Staatsangehörigkeiten besitzen sollten. Anzukuipfen ist somit nicht an die syrische, sondern an die deutsche Staatsangehörigkeit, da beide Ehegatten nunmehr auch diese Staatsangehörigkeit besitzen. In Deutschland kann eine Ehe nur durch einen gerichtlichen Beschluss nach § 1564 Satz 1 BGB geschieden werden; eine Privatscheidung ist dem deutschen Recht unbekannt, weshalb die Anerkennung zu versagen ist.

FamRB 2018, 344

Konsequenzen für die Praxis Ende gut – alles gut? Vier Jahre wurde unter zweimaliger Anrufung des EuGH um die Anerkennung gerungen (OLG München v. 2.6.2015 – 34 Wx 146/14, FamRB 2015, 368; EuGH v. 12.5.2016 – C-281/15, FamRB 2016, 332; OLG München v. 29.6.2016 – 34 Wx 146/14, FamRB 2016, 333; EuGH v. 20.12.2017 – C-372/16, FamRB 2018, 91)! Das Ergebnis fällt für den scheidungswilligen Ehemann doch sehr bescheiden aus: in Syrien geschieden, in Deutschland dagegen nicht! Die Einleitung eines Scheidungsverfahrens in Deutschland hätte sicherlich zu einer schnelleren Scheidung geführt. Der Beschluss des OLG München besitzt zumindest den Charme einer Entscheidung zur Vermeidung eines regelungslo-

sen Zustands. Die „Wiedereinführung“ einer vorschnell aufgehobenen Vorschrift angesichts der irrigen Auffassung des deutschen Gesetzgebers, die Rom III-VO sei auch auf Privatscheidungen anwendbar, stößt sicherlich nicht auf ungeteilte Zustimmung. Das OLG München ist dem überwiegend in der Literatur vertretenen Ansatz einer – zumindest teilweisen – analogen Anwendbarkeit der Rom III-VO (insb. Art. 8; vgl. das bei Mankowski, FamRZ 2018, 821, 822 Fn. 10 zitierte Schrifttum) aufgrund der ablehnenden Haltung des EuGH bewusst nicht gefolgt. Im Ausland vorgenommene Privatscheidungen können in Deutschland nach § 107 FamFG anerkannt werden, sofern eine staatliche Stelle in irgendeiner Weise durch bloße deklaratorische Registrierung oder gerichtliche Beurkundung mitgewirkt hat (BGH v. 14.10.1981 – IVb ZB 718/80, FamRZ 1982, 44 Rz. 20). Die Prüfung ist dabei aber nicht nur auf die Anerkennungsverzugsgründe des § 109 FamFG zu beschränken. Vielmehr ist umfassend zu prüfen, ob die Scheidung nach dem aus deutscher Sicht maßgeblichen Ehescheidungsstatut auch wirksam ist (BGH v. 21.2.1990 – XII ZB 203/87, FamRZ 1990, 607 Rz. 14). Folgt man der Auffassung des OLG München und wendet über Art. 17 Abs. 1 EGBGB a.F. die Anknüpfungsalternativen des Art. 14 Abs. 1 EGBGB an, so ist einer Privatscheidung jedenfalls bei Anwendung deutschen Rechts die Anerkennung zu versagen. § 1564 Satz 1 BGB hat nicht nur einen verfahrensrechtlichen, sondern auch einen materiellen Gehalt, weshalb eine Scheidung durch Vereinbarung nicht möglich ist (BGH v. 21.2.1990 – XII ZB 203/87, FamRZ 1990, 607 Rz. 21).

Beraterhinweis Aus Praktikersicht ist der vom OLG München eingeschlagene Weg wenigstens ein Lösungsansatz, mit dem man bis zu einer noch in diesem Jahr beabsichtigten gesetzlichen Neuregelung (RefE eines Gesetzes zum Internationalen Güterrecht und zur Änderung von Vorschriften des Internationalen Privatrechts vom 14.6.2018, wonach die Vorschriften des Kapitels II der Rom III-VO in angepasster Form entsprechende Anwendung finden sollen [Art. 17 Abs. 2 EGBGB-E]) wohl leben kann! Jedenfalls bei Privatscheidungen von Eheleuten, bei denen zumindest einer der Ehegatten die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, ist die Anerkennung im Inland bislang zu versagen. Bei Privatscheidungen, basierend auf einer islamisch geprägten Rechtsordnung, ohne Beteiligung eines deutschen Staatsangehörigen wird die Anerkennungsfähigkeit im Einzelfall, auch unter Berücksichtigung des ordre-public-Grundsatzes zu prüfen sein. Die innereuropäische Problematik von in Frankreich, Italien oder Spanien erfolgten Privatscheidungen und deren Anerkennungsfähigkeit auf der Grundlage der VO (EG) Nr. 2201/2003 (Brüssel IIa-VO) bleibt weiterhin offen (vgl. auch Dimmler, FamRB 2018, 92). Hinkende Rechtsverhältnisse im Anwendungsbereich der Verordnung widersprechen dem Ziel des Ordnungsgebers einer einheitlichen praktischen Handhabung erfolgter Scheidungen innerhalb der EU-Mitgliedstaaten!

RiOLG Jörg Michael Dimmler, Stuttgart

Service:

Den Link zum RefE des Gesetzes zum Internationalen Güterrecht und zur Änderung von Vorschriften des Internationalen Privatrechts v. 14.6.2018 finden Sie auch auf der Homepage des FamRB. Dort können Sie sich auch über den weiteren Fortgang des Gesetzgebungsverfahrens informieren: www.famrb.de / Materialien # Gesetzgebung.